

Fragebogen FEDE an Kandidaten zur Ersatzwahl in den Staatsrat am 22. September 2013

Gratwohl Alfons

Agraringenieur ETHZ, Gemeinderat, Delegierter der Sozialkommission des Broyebezirks, Surpierre

MCI/UBB – Mouvement Citoyen Indépendant / Unabhängige Bürger Bewegung

Siggen Jean-Pierre

Direktor des Freiburger Arbeitgeberverbands, Grossrat, Freiburg

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)

Steiert Jean-François - www.jfsteiert.ch

Nationalrat, Delegierter für interkantonale Zusammenarbeit der Bildungs-, Jugend- und Kulturdirektion, Freiburg

Sozialdemokratische Partei des Kantons Freiburg (SP)

Frage 1:

Ihre drei Schlüsselbegriffe zur Freiburger kantonalen Verwaltung

Antwort

Effizient, freundlich, manchmal etwas langsam

Zugänglich, effizient, integer

Effizient, bescheiden, unterdotiert

Frage 2:

Denken Sie, dass bestimmte derzeit vom Staat wahrgenommene Aufgaben privaten Trägerschaften übergeben werden sollten zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung? Wenn ja, welche sind es in erster Linie?

Antwort

Es kommt nicht in Frage, weitere kantonale Aufgaben an Private auszulagern.

Wer sagt, es wäre somit günstiger, lügt. Es zeigt sich, dass an Private vergebene Aufgaben nicht besser erledigt werden.

Auf den ersten Blick sehe ich keine, allenfalls den Unterhalt und die Reinigung bestimmter öffentlicher Orte.

Ich bin nicht überzeugt von der Annahme, Privatunternehmen seien von Natur aus effizienter. Beruflich habe ich eine absurde Situation erlebt, wo die Stellendotierung eingefroren wurde, obwohl finanzielle Mittel vorhanden gewesen wären, und der betreffende Bereich an Private ausgelagert wurde, was dann – ohne Schaffung von zusätzlichen Stellen im öffentlichen Bereich – doppelt so viel kostete.

Frage 3:

Bestimmte Bereiche wie Schulen, Polizei und Pflege haben immer wieder Personalmangel. Welche Lösungen sehen Sie, damit der Staat ein attraktiver Arbeitgeber bleibt?

Antwort

Polizei und Schule sind sensible Bereiche. Von allen Seiten werden sie desavouiert.

Das Image dieser Bereiche muss verbessert werden und sie müssen ausreichend dotiert werden (alle ihre Aufgaben sind dabei in Betracht zu ziehen).

Personalmangel kann viele Gründe haben. Der interkantonale Vergleich zeigt aber, dass Freiburg bei den Löhnen wettbewerbsfähig ist.

Die Attraktivität hängt m.E. mit den Löhnen, aber auch mit den allgemeinen Arbeitsbedingungen zusammen, mit den Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung und zur Weiterbildung – und auch mit dem Ausmass an Vertrauen und Autonomie, das den Beschäftigten gewährt wird.

Frage 4:

Seit 2012 beteiligt sich die Öffentlichkeit an der Finanzierung der Privatkliniken. Soll der Staat Ihrer Ansicht diesen Kliniken Vorschriften machen (etwa zu Arbeitsbedingungen, Mindestlöhnen usw.), oder die Konkurrenz freispielen lassen?

Antwort

Sobald der Staat eine Institution finanziert, muss er auch deren Finanzen und Funktionsweise überwachen.

Da müssen zuerst die Leistungsvereinbarungen analysiert werden. Sicherlich muss grundsätzlich jegliches missbräuchliches Lohndumping bekämpft werden.

Entgegen manchen Ansichten gewährt das Gesetz auf Bundesebene den Kantonen einen recht grossen Spielraum zur Festlegung von Rahmenbedingungen der hier erwähnten Art, wenn Privatspitäler auf die Spitalliste aufgenommen werden sollen. Ich unterstütze die von Ihnen genannten Regeln (und weitere insbesondere zu den Dienstleistungen), damit Privatspitäler die öffentlichen Spitalern nicht durch einen unfairen Wettbewerb schädigen.

Frage 5:

Die Zukunft der Schule ist ein Dauerbrenner. Welche Rolle sollen Lehrpersonen bei der Gestaltung der Schule von morgen spielen? Sie sind Ihrer Meinung nach genügend in die Diskussion eingebunden?

Antwort

Lehrpersonen sind die zentralen Stützen der öffentlichen Bildung. Ohne sie geht gar nichts. Die öffentliche Hand finanziert die Schulen und kann daher auch Ansprüche und Forderungen formulieren, die den Lehrpersonen vielleicht nicht passen.

Lehrpersonen gehören zu den wichtigen Partnern der Schule. Sie müssen sicherlich ihren Beitrag einbringen können.

Ich spreche mich für die volle Partizipation der Lehrpersonen bei der Weichenstellung für die Schule von morgen aus, im Rahmen der Umsetzung der Grundsatzentscheide der legislativen und exekutiven Behörden auf kantonaler oder interkantonaler Ebene. Diese Partizipation muss sowohl in den einzelnen Institutionen wie auch kantonal möglich sein.

Frage 6:

Hat der Staatsrat genügend finanzielle Einnahmen zur Bewältigung seiner Aufgaben? Soll der Staatsrat zu den bereits bestehenden zusätzliche Steuererleichterungen gewähren, oder im Gegenteil mehr Steuereinnahmen generieren?

Antwort

Der Kanton muss über ausreichende Mittel verfügen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Ich schlage Folgendes vor:

- Steuerbares Einkommen 0.- bis 50'000.- : Steuererleichterung in der Höhe von 5%
- Steuerbares Einkommen 50'001.- bis 100'000.- : Steuersatz wie heute
- Steuerbares Einkommen > 100'001.-: Steuererhöhung von über 5%
- Auf Einkommen und Vermögen über 1'000'000.- gilt für drei Jahre eine Solidaritätssteuer von 3%.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entscheidungen des Bundes wirken sich auf der Einnahmeseite aus. Der aktuelle Trend geht in Richtung eines verlangsamten Anstiegs der Steuereinnahmen. Der Staat muss den Aufwand im Griff haben und genügend Einnahmen sicherstellen, und sich gleichzeitig im Steuerwettbewerb behaupten können.

Kurzfristig braucht es zusätzliche Steuereinnahmen, damit nicht einseitig nur die Lohnabhängigen und Nutzerinnen und Nutzer der öffentlichen Dienste unter den Sparmassnahmen zu leiden haben. Dies kann insbesondere in Form eines Solidaritätsbeitrags auf hohe Einkommen geschehen, welche in den letzten Jahren am meisten von jenen Steuererleichterung profitiert haben, die für den aktuellen Fehlbetrag von 150 Millionen Franken bei den kantonalen Finanzen verantwortlich sind. Mittelfristig müssen die Steuereinnahmen mindestens gleichziehen mit der Bevölkerungszunahme und der Teuerung; wobei die verschiedenen Steuererträge neu verteilt werden müssen, unter Berücksichtigung der sozialen Auswirkungen bei der Besteuerung natürlicher Personen sowie der Innovations- und Investitionseffekte bei der Besteuerung juristischer Personen.

Frage 7:

Halten Sie die vom Staatsrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen auf der Lohnsumme des Staatspersonals für gerechtfertigt?

Antwort

Ich finde diese Massnahmen lächerlich und ungerecht. Es ist ein Armutszeugnis, das Staatspersonal für die Fehler der Politiker bluten zu lassen.

Massnahmen, zu denen ein Kompromiss mit den Berufsverbänden gefunden wurde, müssen umgesetzt werden.

Der Staatsrat hat sich im Vergleich zur ersten Auflage seines Sparprogramms bewegt, indem dauerhafte Massnahmen weitgehend zurückgenommen wurden. Der Grosse Rat sollte nun einen Schritt weiter tun und die Sparmassnahmen in ein Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben bringen, im Sinn der Antwort auf Frage 6 bezüglich Einnahmen, damit die Lohneinbusse für die Beschäftigten nochmals kleiner ausfällt.

Frage 8:

Welche Massnahmen soll der Staatsrat treffen bei einem Defizit der Staatsfinanzen? Braucht es eine antizyklische Budgetpolitik?

Antwort

Der Staatsrat muss Sparmöglichkeiten ausfindig machen (das ist einfacher gesagt als getan). Der Kanton darf keine Überschüsse erwirtschaften. Er muss das Budgetdefizit ausgleichen und neue Aufgaben bewältigen, die ihm vom Bund übertragen werden.

Die Erfahrung zeigt, dass auf beiden Fronten gehandelt werden muss, bei den Einnahmen wie bei Aufwand. Es muss eine Opfersymmetrie geben. Auf kantonalen Ebene ist es aber nicht möglich, eine antizyklische oder auch prozyklische Finanzpolitik zu entwickeln.

Ich spreche mich für eine antizyklische Finanzpolitik aus und habe diesen Standpunkt immer vertreten, auf kantonalen wie auf Bundesebene. Der Kanton Freiburg hat die nötigen finanziellen Ressourcen, um eine solche Politik zu betreiben.

Frage 9:

Welches sind die drei grössten Herausforderungen für die kantonalen Behörden in den kommenden fünf Jahren?

Antwort

Bildung, ausgeglichenen Finanzen, Sicherheit

Die Verteidigung des interkantonalen Finanzausgleichs; die Aufrechterhaltung und Schaffung gut bezahlter Arbeitsstellen; und die Finanzierung von Gesundheitswesen und Alters- und Pflegeheimen.

- A) Kontrolliertes Wachstum bei der Bevölkerungsentwicklung, der Stellenschaffung, der Raumplanung, des Infrastrukturbaus und der Finanzierung dieser Massnahmen.
- B) Aufrechterhaltung der hohen Qualität unseres Bildungswesens und dessen Weiterentwicklung in einem veränderlichen Umfeld.
- C) Anpassung unseres Gesundheitswesens an die gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere angesichts des steigenden Durchschnittsalters, mit Beibehaltung einer qualitativ hochstehenden Pflege samt Massnahmen zur Rekrutierung des dafür nötigen Personals mit guter Ausbildung und Motivation.